

**Stadtwerke München GmbH**

Emmy-Noether-Straße 2  
D - 80992 München

**Kontaktbüro Brüssel:**

Regus EU Parliament,  
Square de Meeûs 37,  
B - 1000 Brüssel

**Kontaktperson:**

Beatrix Widmer

Telefon: D: +49 (0) 89 23 61-5068

B: +32 (0) 2 791 75 23

Telefax: D: +49(0) 89 23 61-705-068

B: +32 (0) 2 791 7900

[widmer.beatrix@swm.de](mailto:widmer.beatrix@swm.de)

[www.swm.de](http://www.swm.de)

Transparency register: 17284292859-45

01. Juli 2013

## **Stellungnahme zum Grünbuch Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030**

Die Stadtwerke München GmbH (SWM) zählt zu den größten Energie- und Infrastrukturunternehmen Deutschlands. Über eine Million Privathaushalte, Gewerbe- und Geschäftskunden profitieren täglich von den SWM Dienstleistungen und Angeboten. Der SWM Konzern beschäftigt rund 7.800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Geschäftsjahr 2012 lag der Konzernumsatz bei rund 4,5 Milliarden Euro.

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien nimmt die SWM eine Vorreiterrolle ein. Ihre Zielsetzung hier ist äußerst ehrgeizig: Bis 2025 wollen sie so viel Ökostrom in eigenen Anlagen produzieren, dass sie damit den Verbrauch ganz Münchens – immerhin rund 7,5 Milliarden kWh – decken könnten. München wird damit weltweit die erste Millionenstadt sein, die dieses Ziel erreicht. Dafür sind Investitionen von ca. 9 Milliarden Euro geplant. Gesellschafter der SWM ist zu 100% die Stadt München.

### **Allgemeine Anmerkungen und wichtigste Punkte:**

Die SWM befürwortet ein verpflichtendes Ziel für erneuerbare Energien auf Ebene der Europäischen Union und heruntergebrochen auf die einzelnen Mitgliedstaaten, da dadurch die notwendige Investitions- und Planungssicherheit gestärkt wird. Der Ausbaupfad nach 2020 kann durch eine Zielsetzung abgeschätzt werden. Dies trägt zu einer Stabilität des Marktes bei und somit zur Effizienz der Investitionen. Erneuerbaren-Ziele tragen außerdem zur Netzstabilität und einem effizienteren Netzausbau bei, da der Zubau besser abgestimmt werden kann.

Ziele müssen jedoch realistisch und erreichbar sein. Dies bedeutet auch, dass Zielverfehlungen Konsequenzen nach sich ziehen. Insofern müssen die Ziele auch verbindlich und nicht nur indikativ sein.

Der derzeitige niedrige CO<sub>2</sub>-Preis ist, neben anderen Faktoren, auch ein Zeichen des fehlenden Vertrauens in das Emissionshandelssystem und dessen Weiterführung nach 2020. Deshalb sind neben den 2020-Zielen und den 2050-Dekarbonisierungs-Plänen weitere Meilensteine für die Jahre 2030 und 2040 notwendig. Diese Zwischenziele sollten Sektor bezogen sein.

Als Unternehmen nehmen wir zu dem Grünbuch und den aus unserer Sicht wichtigsten Fragestellungen wie folgt Stellung:

## 1. Allgemeine Fragen

*Welche Erfahrungen aus dem energie- und klimapolitischen Rahmen bis 2020 und dem derzeitigen Stand des Energiesystems der EU sind für die Gestaltung des Politikrahmens bis 2030 am wichtigsten?*

- Die nationalen Fördersysteme für Erneuerbare bergen Ineffizienzen in sich. Ein europäisches Fördersystem könnte effizientere und verlässlichere Rahmenbedingungen schaffen. Die Verbesserung der Kooperationsmechanismen wäre ein erster wichtiger Schritt.
- Das Wichtigste bei der Diskussion um Energie- und Klimapolitik ist die Formulierung verbindlicher Ziele, deren Verfehlung eine unmittelbare Konsequenz zur Folge hat.
- Die Marktintegration der Erneuerbaren kann im bestehenden System nur über einen hinreichend hohen CO<sub>2</sub>-Preis erreicht werden. Dazu ist eine Verknappung der Zertifikate unerlässlich. Alternativ können CO<sub>2</sub> oder Primärenergieträger besteuert werden. In beiden Systemen (Emissionshandelssystem oder Steuern) erhalten Emissionen direkt oder indirekt einen Wert, der Strompreis wird angehoben und dadurch der Förderbedarf der Erneuerbaren gesenkt.
- Wird das Emissionshandelssystem als eigentliches Anreizsystem des Umbaus auf eine CO<sub>2</sub>-arme Stromerzeugung gestärkt, besteht auch die Notwendigkeit, Förderung und Ausbau der Erneuerbaren mit den CO<sub>2</sub>-Reduktionszielen zu harmonisieren. Überförderung lässt den CO<sub>2</sub>-Preis sinken (und damit den Strompreis am Großhandelsmarkt) und mindert die Chancen der Erneuerbaren auf Marktintegration.

## 2. Zielvorgaben

*2.1. Mit welchen Zielvorgaben für den Zeitraum bis 2030 könnten die klima- und energiepolitischen Ziele der EU am wirkungsvollsten unterstützt werden? Auf welcher Ebene sollten sie umgesetzt werden (EU, Mitgliedstaaten oder Sektoren) und inwieweit sollten sie rechtsverbindlich sein?*

- Ziele müssen erfüllbar, nachvollziehbar und rechtsverbindlich sein. Die Wege (z.B. CO<sub>2</sub>-Reduktionspfad) müssen klar definiert sein.
- Die CO<sub>2</sub>-Minderungsziele sowie die Erneuerbaren-Ziele müssen aufeinander abgestimmt werden (siehe auch Frageblock 1). Dabei sind die Erneuerbaren-Ziele immer Teil einer gesamten CO<sub>2</sub>-Minderungsstrategie. Der Beitrag der erneuerbaren Energien zur CO<sub>2</sub>-Minderung muss nachvollziehbar dargestellt werden.
- Umgesetzt werden sollten sie auf allen genannten Ebenen je nach Zuständigkeit (verbindliche europäische Ziele mit nationalen Unterzielen) und Sinnhaftigkeit.

*2.2. Sind bei den derzeitigen Zielvorgaben für die Zeit bis 2020 Widersprüche aufgetreten? Wenn ja, wie könnte eine größere Kohärenz der potenziellen Zielvorgaben für das Jahr 2030 gewährleistet werden?*

- Maßnahmen, die zu einer erhöhten Energieeffizienz beitragen, sollten angerechnet werden.

- Die Wirtschafts- und Finanzkrise führte zu einer geringeren Wirtschaftsleistung und geringeren CO<sub>2</sub>-Emissionen als erwartet. Wie in 2.1. erläutert, hätten in diesem Fall Korrekturen stattfinden müssen, um die Balance der Ziele aufrecht zu erhalten und deren Wirkung weiterhin zu garantieren.

2.3. *Sind Zielvorgaben für Teilsektoren wie Verkehr, Landwirtschaft und Industrie sinnvoll und wenn ja, welche? Muss z. B. im Verkehrssektor trotz der bereits festgelegten CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge ein Anteil an erneuerbaren Energien als Ziel vorgegeben werden?*

- Würden Elektrofahrzeuge künftig nur mit grünem Strom betankt, so wäre die erzielte Wirkung durch eine Sektorenverlagerung bedingt. Nicht dem Emissionshandel unterliegende Emissionen aus dem Verkehrssektor würden durch Stromtanken in den Erzeugungssektor verlagert. Der Mehrbedarf an Strom bei einer gleichen Anzahl von Zertifikaten führt zu einem Umbau auf CO<sub>2</sub>-arme Erzeugung. Dieser Effekt tritt natürlich nur dann auf, sofern die Zertifikate teuer und knapp sind. Darüber hinaus führt eine höhere Nachfrage nach CO<sub>2</sub>-Zertifikaten zu einer Stärkung des Emissionshandelssystems.

2.4. *Wie könnten die Zielvorgaben des Rahmens bis 2030 der wirtschaftlichen Tragfähigkeit und der zunehmenden Ausgereiftheit der Technologien stärker Rechnung tragen?*

- Verbindliche Zielvorgaben verhindern nicht abgestimmte, intransparente und teilweise sogar rückwirkende Änderungen der Förderregeln für erneuerbare Energien, die in einigen Mitgliedstaaten das Investitionsklima auch für grenzüberschreitende Investitionen negativ beeinflussen.
- Erneuerbare Energien sollten verstärkt in den Markt integriert werden und zur Systemstabilität beitragen. Sie sollten hinsichtlich der Systemstabilität zunehmend den gleichen Regeln folgen wie alle anderen Stromerzeuger.
- Ein voll geförderter Erneuerbaren-Ausbau sollte grundsätzlich nur für „unreife“ Technologien erfolgen. Reife Technologien müssen mittelfristig marktintegriert werden. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist ein hinreichend hoher Strompreis am Großhandelsmarkt, der wiederum am einfachsten durch die Stärkung des CO<sub>2</sub>-Emissionshandelssystems zu erreichen ist (siehe Kommentare Frageblock 1).
- Eine stärkere Anwendung der Kooperationsmöglichkeiten ist sinnvoll, um Erneuerbare dort zu bauen, wo die Wirtschaftlichkeit am größten ist (Effizienz, volkswirtschaftliches Optimum).

2.5. *Wie sollten die Fortschritte in anderen Bereichen der EU-Energiepolitik, z. B. der Versorgungssicherheit, bewertet werden, die nicht unter die Kernziele fallen?*

- Das Zieledreieck der EU-Energiepolitik sollte ausgewogen und aufeinander abgestimmt gestärkt werden. Versorgungssicherheit ist ein selbständiges Ziel und sollte auch entsprechend gewertet werden.
- Verlässliche Ziele tragen jedoch zur Versorgungssicherheit bei. Sie erleichtern beispielsweise das Design eines Kapazitätsmarktes, da die Residuallast besser abgeschätzt werden kann.

### 3. Instrumente

3.1. *Sind Änderungen anderer politischer Instrumente erforderlich, und welche Wechselwirkungen bestehen zwischen ihnen, auch zwischen EU- und einzelstaatlicher Ebene?*

- Das beste Instrument zur Erreichung von Klimazielen ist das Emissionshandelssystem, da es dem Klimaschutz einen (handelbaren) Wert zuweist und somit bei entsprechender Ausgestaltung einen unmittelbaren Anreiz zur CO<sub>2</sub>-Reduktion ausübt. Es ist somit das mit Abstand wichtigste zu ändernde, bzw. zu stärkende Instrument. Es ist darüber hinaus auch das einzig bestehende europäische Instrument.

3.2. *Wie sollten spezifische Maßnahmen auf EU-Ebene und einzelstaatlicher Ebene definiert werden, um eine möglichst große Kosteneffizienz bei der Verwirklichung der klima- und energiepolitischen Ziele gewährleisten?*

- Siehe Antwort zu 3.1., jedoch keine Überförderung der Erneuerbaren, sonst ist das oben genannte Makulatur.
- Die hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung realisiert Primärenergie- und CO<sub>2</sub>-Einsparungen und ist eine unverzichtbare Technologie zur Strom- und Wärmeerzeugung. Künftige Zuteilungsregeln für CO<sub>2</sub>-Zertifikate sollten so ausgestaltet werden, dass sie den Beiträgen der KWK-Anlagen auch auf der Wärmeseite angemessen Rechnung tragen.
- Darüber hinaus sollte z.B. der Ausbau der Wärme aus Erneuerbaren, die zukünftig immer wichtiger werden wird, stärker berücksichtigt werden.

3.3. *Wie kann am wirksamsten eine Fragmentierung des Energie-Binnenmarkts verhindert werden, insbesondere im Hinblick auf die Förderung und Mobilisierung der erforderlichen Investitionen?*

- Eine Stärkung des EU-Binnenmarktes und der Verhinderung von Marktfragmentierung erreicht man am wirksamsten durch Netz- und Kuppelstellenausbau sowie die Umsetzung der Netzkodizes. Nationale Egoismen (Energie-„Autarkie“, Finanzierungsstreitigkeiten, etc.) müssen beseitigt werden.
- Investitionen in die Netzinfrastuktur werden zu Teilen durch den Markt angereizt (sofern der Anreiz nicht durch den/die Regulierer unterbunden wird). Dort wo es notwendig ist können sie in sinnvollem Maße aber auch gefördert werden. Der Vorteil dabei ist u.a. die Bonität des Staates und das gute Investitionsklima.

3.4. *Welche Maßnahmen könnten ins Auge gefasst werden, um eine größtmögliche Kosteneffizienz weiterer Energieeinsparungen zu erreichen?*

- Zunächst ist die Umsetzung und der Energieeffizienzrichtlinie und deren Wirkung abzuwarten. Das Ziel des Energiesparens wird erreicht, wenn die Anreize hoch genug sind (hohe Energiekosten, steuerliche Anreize, Umweltbewusstsein, etc.).
- Die Kosteneffizienz (vor allem aber Energieeffizienz) prägt sich durch den wettbewerbsbedingten Fortschritt der Technologien von selbst aus.

3.5. *Wie können die Forschungs- und Innovationspolitik der EU die Umsetzung des Rahmens für den Zeitraum bis 2030 am wirksamsten unterstützen?*

- Für den großindustriellen Maßstab ist die Forschung mit einer messbaren Wirkung in 2030 schon recht spät. Es müssten schnell Entscheidungen getroffen und erste Schritte umgesetzt werden.
- Die größte Notwendigkeit sehen wir im Bereich der Energiespeicher.

#### **4. Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit**

- 4.1. *Auf welche Elemente des klima- und energiepolitischen Rahmens sollte mehr Gewicht gelegt werden, um die Schaffung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern?*
  - Vollendung des Binnenmarkts und Marktintegration der erneuerbaren Energien.
- 4.2. *Welche Belege gibt es für eine Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen bei dem derzeitigen klima- und energiepolitischen Rahmen und kann diese quantifiziert werden? Wie kann dieses Problem innerhalb des Rahmens für die Zeit bis 2030 angegangen werden?*
  - Kontinuierliche Aktualisierung der Carbon-Leakage-Liste.
- 4.3. *Welche spezifischen Faktoren sind für die beobachtete Entwicklung der Energiekosten verantwortlich und inwieweit kann die EU darauf Einfluss nehmen?*
  - Die Energiekosten der Endkunden bestehen aus den Komponenten Energiebeschaffung und Vertrieb, Netzentgelten sowie Abgaben, Umlagen und Steuern.
  - In Deutschland sind ca. 70% des Endkundenstrompreises staatlich beeinflusst (steigende Tendenz). Eine Vereinheitlichung auf diversen Ebenen (Fördersysteme, Energiesteuern) könnte nationale Begehrlichkeiten verringern und die Gesamtkosten senken.
  - Die verbleibenden 30% unterliegen dem Wettbewerb, der wiederum wesentlich von den global gehandelten Brennstoffen abhängt. Ein Einfluss hierauf ist noch schwieriger durchsetzbar.
- 4.4. *Wie sollte die Ungewissheit über die Anstrengungen und das Maß der Selbstverpflichtungen berücksichtigt werden, die andere Industrieländer und wirtschaftlich wichtige Entwicklungsländer in den laufenden internationalen Verhandlungen unternehmen bzw. eingehen werden?*
  - Bei zukünftigen Konditionierungen von Minderungszusagen sollte die Europäische Kommission klar definierte Kriterien und einen nachvollziehbaren Zeitrahmen festlegen.
- 4.5. *Wie kann für größere Rechtssicherheit für Unternehmen und gleichzeitig für ausreichende Flexibilität gesorgt werden, um Spielraum für Anpassungen an sich verändernde Umstände (z.B. durch Fortschritte in den internationalen Klimaschutzverhandlungen und Veränderungen auf den Energiemärkten) zu lassen?*
  - Die Rechtssicherheit für Unternehmen ist Grundvoraussetzung für Investitionen und wirtschaftlichen Wachstum. Leider könnten nicht nur Fortschritte sondern auch

Stagnation und Rückschritte bei den Klimaverhandlungen zu registrieren sein. Sollten infolge dessen z.B. die Erneuerbaren-Förderungen für Bestandsanlagen gekürzt werden, wäre eine eindeutige und nicht anpassbare Gesetzeslage am wichtigsten. Insofern ist Bestandsschutz in allen Mitgliedstaaten der EU ein wichtiges Thema.

- Für die CO<sub>2</sub>-Emissionen ist ein eindeutiger und verbindlicher Reduktionspfad bis zum Jahr 2030 festzulegen. Darüber hinaus sind Meilensteine für 2040 sinnvoll.

4.6. *Wie kann die Innovationsfähigkeit der verarbeitenden Industrie gesteigert werden? Könnten dafür die Einnahmen aus der Versteigerung von Zertifikaten eingesetzt werden?*

- Innovationsfähigkeit wird am besten durch Wettbewerb gefördert. Subventionen für die verarbeitende Industrie sehen wir aufgrund der beihilferechtlichen Fragen kritisch. Forschende Einrichtungen könnten hingegen sehr wohl durch die Einnahmen aus den Zertifikatsversteigerungen gefördert werden.

4.7. *Wie kann die EU die Erschließung konventioneller und unkonventioneller Energiequellen innerhalb der EU optimal nutzen, um niedrigere Energiepreise zu erreichen und die Importabhängigkeit zu verringern?*

- Zunächst bedarf es zumindest in Deutschland eines erheblichen Maßes an Überzeugungskraft, insbesondere wenn es um Fracking und Akzeptanzfragen geht.
- Außerdem stellen sich die (derzeit theoretischen) Fragen nach der Höhe der importierten Brennstoffkosten, ab denen eventuell ein Umdenken stattfinden würde oder die Frage nach der individuellen Zahlungsbereitschaft für Importunabhängigkeit.

4.8. *Wie kann am besten eine größere Sicherheit der Energieversorgung gewährleistet werden, indem EU-intern (z.B. durch den Ausbau der notwendigen Verbindungsleitungen) für einen reibungslos und effizient funktionierenden Energiebinnenmarktes gesorgt und EU-extern die Energieversorgungswege diversifiziert werden?*

- Das in der Fragestellung genannte Beispiel, ergänzt durch Netzausbau, ist der größte Beitrag zur Energieversorgungssicherheit.

## **5. Kapazitäten und Lastenteilung**

5.1. *Wie kann mit dem neuen Rahmen eine gerechte Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten gewährleistet werden? Durch welche konkreten Maßnahmen kann ihren unterschiedlichen Fähigkeiten zur Umsetzung der energie- und klimapolitischen Vorgaben Rechnung getragen werden?*

5.2. *Welche Mechanismen wären geeignet, um einerseits die Zusammenarbeit zu fördern und eine gerechte Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten zu gewährleisten und andererseits eine größtmögliche Kosteneffizienz bei der Realisierung der neuen klima- und energiepolitischen Ziele anzustreben?*

5.3. *Sind neue Finanzierungsinstrumente oder -vereinbarungen zur Unterstützung des Politikrahmens bis 2030 erforderlich?*

Die SWM ist hier nur bedingt Adressat des Frageblocks und enthält sich insofern einer Beantwortung.